

KOMMENTAR

Mehr Respekt, bitte!

Von Helmut Hinsenhofen

So wie sich die Stimmungslage unter den Polizeibeschäftigten in den neuen Ländern, in Ostberlin, in BGS und BKA, ja im gesamten öffentlichen Dienst des Ostens entwickelt hat, mussten die gewerkschaftlichen Forderungen für die Einkommensrunde 2000 unweigerlich darauf zusteuern, dass eine Angleichung des Ost-Einkommens an das West-Niveau diesmal von zentraler Bedeutung sein muss. Die ungleiche Bezahlung für gleiche Leistung wurde immer mehr zum Ärgernis der Betroffenen in den Streifenwagen, den Dienststellen, den vielerlei Arbeitsplätzen des öffentlichen Dienstes. Bis in das Kosovo und nach Bosnien, wo deutsche Polizeibeamtinnen und -beamte aus Ost und West gemeinsam ihrer gefährlichen Aufgabe nachgehen, stehen die Betroffenen völlig verständnislos vor dieser Art von Ungleichbehandlung im zehnten Jahr der deutschen Einheit.

"Ohne Angleichungsschritte in einem überschaubaren Stufenplan wird es im öffentlichen Dienst keinen Tarifabschluss geben." Dies war übereinstimmendes Votum der Gewerkschaften, als sie Ende März nach Stuttgart-Degerloch an den traditionellen Verhandlungsort der Tarifparteien des öffentlichen Dienstes fuhren. Ihnen war klar, dass es außerordentlich schwierige Verhandlungen werden würden. Verständnismurmeln von Politikern ist allerorten wohlfeil zu haben, allemal in Wahlkampfzeiten. Am Verhandlungstisch sieht die Sache dann anders aus. Dort, Ende März beim Auftakt, war man also erstaunt, nicht nur einmal zu hören, dass die Arbeitgeber ein Ergebnis am Verhandlungstisch erzielen wollen, inklusive eines dezenten Hinweises auf die soeben getroffenen Vereinbarungen im Metallbereich. Verklausuliertes Entgegenkommen? Verborgene Zusagen?

Gepfiffen. Beim zweiten Termin verschärfte Ablehnung einer Angleichung. Und im Einkommensbereich ein "Angebot" von 0,6 Prozent Einkommenserhöhung! Einigung auf dem Verhandlungsweg?

Für ein bissiges Verhandlungsklima sorgt immer wieder mit großem Geschick der Vorsitzende der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, Georg Milbradt. Einmal mehr verriet er durch seine Sprache, welche Missachtung er für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst übrig hat: Man müsse berücksichtigen, "was ein Staat seinen Rentnern zubilligt". Dies müsse auch für Einkommenserhöhungen der Maßstab sein. In solchen Formulierungen artikuliert sich obrigkeitsstaatliche Arroganz gegenüber Lebensleistungen: Der Dienstherr gibt's, der Dienstherr nimmt's.

Es war schon sehr angebracht, dass die Gewerkschaften schon zum Abschluss der ersten Verhandlungsrunde die Arbeitgeber aufforderten, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst "nicht nur als Kostenfaktor wahrzunehmen, sondern als Menschen, die eine unverzichtbare Dienstleistung erbringen." Ein bisschen mehr Respekt vor den Leistungen der Menschen im öffentlichen Dienst, um die man uns in anderen Ländern beneidet, wäre schon angebracht. Wir wollen nicht, dass man uns etwas zubilligt. Wir wollen, dass man unsere Leistungen achtet und sie ordentlich bezahlt.

Auf zur nächsten Verhandlungsrunde! Dort wird uns Milbradt, Finanzminister von Sachsen, sicherlich begründen, weshalb die Abgeordneten des Freistaats laut Bild am Sonntag vom 16. April rückwirkend zum 1. Januar eine Diätenerhöhung von 15 Prozent einkassieren können.

(aus [DEUTSCHE POLIZEI 5/2000](#))

